

NIEDERSCHRIFT DER SITZUNG

Sitzungsnummer: SOA/01/2004

Gremium: Sozialausschuss

Tag: Dienstag, 24.02.2004

Ort: Wehringhauser Str. 38, Villa Post

Beginn: 16:00 Uhr

Anwesende:

a) Mitglieder des Rates:

Frau Oestereich, Annegret

Frau Bada-Huschka, Genevieve

Frau Dannert, Ulrike

Frau Huvers, Rita

Frau Kurte, Hildegard

Herr Röspel, Wolfgang

Herr Schellhorn, Heinz

Herr Timm, Wolfgang

b) Ausschussmitglieder:

Herr Meier, Jörg

Herr Stacheter, Thomas

c) Stellv. Ausschussmitglieder

Herr Halbeisen, Norbert

Herr Kohaupt, Dieter

d) Sachkundige Einwohner:

Herr Denecke, Friedrich

Herr Pfarrer Haensel, Thomas

Herr Puder, Hubert

Frau Schmidt, Lore

e) Gäste:

Frau Schmundt, Rechtsreferendarin

f) Verwaltung:

Herr Dr. Schmidt, Dezernat für Umwelt, Gesundheit,
Jugend, Soziales und Verbraucherschutz

Herr Steuber, Fachbereich Jugend und Soziales

Herr Reichert, Fachbereich Jugend und Soziales

Herr Steinkamp, Fachbereich Jugend und Soziales

Herr Verrieth, Fachbereich Jugend und Soziales

Frau Vierhaus, Gleichstellungsstelle

Herr Dr. Bent, Gesundheitsamt

Herr Walther, Gesundheitsamt

Herr Dieckmann, Amt für Wohnungswesen

g) Schriftführung:

Herr Meisborn

A. TAGESORDNUNG**I. Öffentlicher Teil**

1. Mitteilungen
2. Genehmigung der Dringlichkeitsentscheidung
hier: Arbeit statt Sozialhilfe (ASS)

Vorlage: 500001/04
3. Bericht zum Thema 'Runder Tisch gegen häusliche Gewalt'
hier: mündlicher Bericht von Frau Vierhaus
4. Bericht zur psychiatrischen Versorgung in Hagen

Vorlage: 500090/03
5. Auswirkungen der Gesetze zur Modernisierung der Dienstleistungen am
Arbeitsmarkt (sog. Hartz III u. IV- Gesetze)
hier: Zwischenbericht

Vorlage: 0025/2004
6. Bericht 'Ältere Migranten in Hagen'

Vorlage: 0032/2004
7. Wohnungsmarktbeobachtung - Bericht 2003

Vorlage: 0051/2004
8. Anfragen gemäß § 6 Abs. 8 der Geschäftsordnung

B. SITZUNGSVERLAUF

I. Öffentlicher Teil

Beginn des öffentlichen Teiles: 16:005 Uhr

1. Mitteilungen

Frau Oestereich eröffnet die Sitzung und begrüßt alle Anwesenden zur ersten Sitzung des Sozialausschuss im Jahre 2004.

Herr Dr. Schmidt informiert über die Fortschritte zum Thema „Ärztliche Versorgung im Männerasyl“, welches u.a. in der letzten Sitzung bereits Thema im Sozialausschuss war. Er berichtet über Gespräche mit der Kämmerei und dem Gesundheitsamt, in denen es sowohl um die Übernahme von Kosten für Medikamente ging, wie auch um die personelle Besetzung für diese Aufgabe. Herr Dr. Schmidt sagt für die nächsten Sitzung weitere Informationen zu.

Herr Steuber gibt bekannt, dass das Landesaufnahmegesetz am 27.01.04 geändert wurde. Dies habe Auswirkungen auf die Kostenerstattung für Kontingentflüchtlinge. Diese Änderung wird voraussichtlich zur Folge haben, dass jährlich 100.000 € weniger erstattet werden. Herr Steuber erläutert, dass die Aufnahmezahlen in den letzten Jahren sehr unterschiedlich gewesen seien, da sie von Landesquoten abhingen. Weiter stellt er fest, dass diese Gesetzesänderung die Kommunen finanziell weiter belaste.

Des Weiteren unterrichtet Herr Steuber den Sozialausschuss darüber, dass die stationäre Hilfe zur Pflege für über 65-Jährige aus der Zuständigkeit des Landschaftsverbandes in die der Kommunen gewechselt sei.

2. Genehmigung der Dringlichkeitsentscheidung hier: Arbeit statt Sozialhilfe (ASS)

Vorlage: 500001/04

Frau Oestereich teilt mit, dass die Dringlichkeitsentscheidung von Herrn Oberbürgermeister Horn und Herrn Demnitz unterzeichnet wurde. Sie betont, dass sie als Ausschussvorsitzende über die Dringlichkeitsentscheidung im Vorfeld gerne informiert worden wäre.

Herr Röspel hat noch eine Nachfrage bzgl. der Kinderbetreuung, die es laut Haushaltsansatz bei dieser Maßnahme geben solle. Herr Reichert erklärt, dass dieser Betrag nur vorsorglich in den Haushalt eingestellt sei, damit Teilnehmer mit Kindern nicht ausgeschlossen zu werden bräuchten.

Beschluss:

Das Gremium Sozialausschuss empfiehlt, folgenden Beschluss zu fassen:

Folgende Dringlichkeitsentscheidung wird hiermit genehmigt:

Der Rat der Stadt Hagen beschließt, das Programm „Arbeit statt Sozialhilfe – ASS“ zur Förderung arbeitsloser SozialhilfeempfängerInnen im Rahmen EU-kofinanzierter Arbeitsmarktpolitik nach Maßgabe des Erlasses des Ministers für Arbeit, Soziales, Qualifikation und Technologie des Landes Nordrhein-Westfalen (MASQT) vom 05.03.2002 in Verbindung mit den gemeinsamen Durchführungsregelungen (GDR-Regelungen) zu ASS vom 21.02.2002 in der jeweils geltenden Fassung in 2004 für 20 SozialhilfeempfängerInnen durchzuführen. Die TeilnehmerInnen werden durch eine Case-Managerin und eine Sozialarbeiterin während der gesamten Programmzeit intensiv betreut.

Der Rat nimmt das Umsetzungskonzept zustimmend zur Kenntnis.

Die erforderlichen Haushaltsmittel werden entsprechend der Laufzeit des Programms bereitgestellt.

Abstimmungsergebnis:

<input checked="" type="checkbox"/>	Einstimmig beschlossen
<input type="checkbox"/>	Mit Mehrheit beschlossen
<input type="checkbox"/>	Einstimmig abgelehnt
<input type="checkbox"/>	Mit Mehrheit abgelehnt
<input type="checkbox"/>	Abgelehnt bei Stimmgleichheit
<input type="checkbox"/>	Ohne Beschlussfassung
<input type="checkbox"/>	Zur Kenntnis genommen
<input type="checkbox"/>	

Dafür: _____

Dagegen: _____

Enthaltungen: _____

3. Bericht zum Thema 'Runder Tisch gegen häusliche Gewalt' hier: mündlicher Bericht von Frau Vierhaus

Die Leiterin der Gleichstellungsstelle, Frau Vierhaus, berichtet über die Arbeit des „Runden Tisches gegen Gewalt“. Weitere Ausführungen macht Herr Steinkamp, der die Moderation des „Runden Tisches“ übernommen hat. Für das Jahr 2004 habe man sich u.a. vorgenommen ein Faltblatt mit dem Titel „Hinsehen – Helfen – Hilfe holen“ zu erstellen, welches sich insbesondere an Nachbarn von häuslichen Gewaltopfern richten solle. Des Weiteren wolle man das Augenmerk auf das Thema Gewalt gegen Kinder richten und ganz allgemein weiter Öffentlichkeitsarbeit betreiben. Die Tischvorlage von Frau Vierhaus und eine Kopie der Overheadfolie von Herrn Steinkamp werden dem Protokoll beigelegt.

Frau Oestereich äußert die Ansicht, dass sich der Runde Tisch bewährt habe, ebenso hält sie die Information darüber an den Sozialausschuss für wichtig.

Frau Kurte möchte anhand eines praktischen Beispiel wissen, ob eine Wegweisung durch die Polizei auch möglich sei, wenn das Opfer dies nicht wolle. Hierzu erläutert Frau Vierhaus, dass die Polizei seit der Gesetzesänderung dazu ermächtigt sei.

Herr Röspel möchte wissen, wie viele von den 80 im mündlichen Bericht genannten Wegweisungen an die Beratungsstelle weiter verwiesen würden. Frau Vierhaus gibt an, dass in 59 von 80 Fällen an die Beratungsstelle weiter verwiesen worden sei.

Frau Oestereich dankt Frau Vierhaus und Herrn Steinkamp für ihre Informationen.

4. Bericht zur psychiatrischen Versorgung in Hagen

Vorlage: 500090/03

Herr Dr. Bent leitet den Bericht ein und übergibt dann zur genaueren Erläuterung an Herrn Walther. Dieser stellt den schriftlich erstellten und dem Sozialausschuss vorliegenden Bericht vor.

Frau Oestereich dankt für den Bericht und erwähnt, dass sie ihn mit großem Interesse gelesen habe und ist der Ansicht, dass der Bericht breiter veröffentlicht werden solle.

Herr Schellhorn möchte den Fokus auf die gerontopsychiatrisch Erkrankten richten, welche zu 85% in häuslicher Umgebung untergebracht seien. Er schlägt vor, den Bericht den Ratsmitgliedern und dem Stadtentwicklungsausschuss zukommen zu lassen.

Herr Halbeisen erkundigt sich, wie der Sozialausschuss das Gesundheitsamt unterstützen kann, damit die gesetzten Ziele aus dem Bericht erreicht werden können.

Herr Walther schlägt hierzu die inhaltliche Fortschreibung des Berichtes vor. Damit sei nicht die Fortschreibung auf Papier gemeint, sondern die im schriftlichen Bericht aufgezeigten Wege weiter zu verfolgen. Er weist darauf hin, dass z.B. noch ein Mangel an exakter Hilfebeschreibung bestehe. Insoweit handele es sich bisher um einen Zwischenbericht.

Herr Dr. Schmidt regt an, das Wort „ggf.“ aus dem Beschlussvorschlag zu streichen und betont bzgl. des Berichtes, dass die Aktivität der Politik erforderlich sei.

Frau Oestereich nimmt diese Anregung auf und regt an, dass die gerontopsychiatrische Arbeit mit von der psychosozialen Arbeitsgemeinschaft abgedeckt werden sollte. Herr Walther meint, dass diese Arbeit eher zur allgemeinen Altenarbeit gehöre. Dieser Einschätzung widerspricht Frau Oestereich und verweist dann auf die Pflegekonferenz.

Herr Haensel hat zwei Anfragen. Die erste bezieht sich auf den strukturellen Bereich des Berichtes, wobei es Herrn Haensel um die neue Systematik bzgl. der Einschätzung der Versorgungsleistung geht. Er sei der Ansicht, dass die gegensätzliche Unterscheidung nach Einzelbetrachtung und sozialräumlicher Betrachtung einer ausführlichen Diskussion bedürfe. Die zweite Anfrage bezieht sich auf den im Bericht verwandten Begriff „Steuerung“, wobei Herr Haensel wissen möchte, wie sich Herr Walther die angesprochene Steuerung vorstelle. Herr Haensel weist darauf hin, dass seiner Ansicht nach zwischen den Begriffen „Leitlinien und Ziele“ und „Aufgaben“ die Trennschärfe fehle.

Herr Kohaupt regt an, mit dem Arbeitsausschuss Soziotherapie des gemeinsamen Bundesausschusses der Krankenkassen Kontakt aufzunehmen und diesem den Bericht zur Verfügung zu stellen.

Frau Oestereich erkundigt sich, wie viele Exemplare des Berichtes noch vorhanden seien und setzt sich dafür ein, den Bericht noch weiter zu verbreiten. Sie macht den Vorschlag, wenn nicht mehr genügend Exemplare vorhanden seien, den Bericht nur an die Ratsmitglieder zu schicken und nicht den vollständigen Ratsvorlagenverteiler zu bedienen.

Herr Dr. Schmidt sagt eine entsprechende Verteilung zu.

Herr Halbeisen stellt eine Frage in Bezug auf Bedarfe bei der Psychiatrischen Ambulanz, welche von Herrn Dr. Bent beantwortet wird.

Herr Röspel fordert das Gesundheitsamt auf, falls eine personelle Aufstockung für den sozialpsychiatrischen Dienst notwendig sei, eine entsprechende Vorlage zu erstellen und diese dem Sozialausschuss vorzulegen.

Frau Oestereich weist danach noch mal ausdrücklich darauf hin, dass Soziales und Stadtentwicklung sehr viel miteinander zu tun hätten.

Frau Vierhaus, Herr Steinkamp und Herr Dr. Bent verlassen die Sitzung um ca. 17:24 Uhr.

Beschluss:

Das Gremium Sozialausschuss empfiehlt, folgenden Beschluss zu fassen:
Der Bericht zur psychiatrischen Versorgung wird zu Kenntnis genommen.
Die Verwaltung wird aufgefordert, die in den Leitlinien / Psychiatriezielen formulierten Aufgabenstellungen umzusetzen und hierzu entsprechende Vorschläge zu erarbeiten.

Der Sozialausschuss empfiehlt allen Ratsmitgliedern den Bericht zukommen zu lassen und empfiehlt eine Beratung im Stadtentwicklungsausschuss.

Abstimmungsergebnis:

<input type="checkbox"/>	Einstimmig beschlossen
<input type="checkbox"/>	Mit Mehrheit beschlossen
<input type="checkbox"/>	Einstimmig abgelehnt
<input type="checkbox"/>	Mit Mehrheit abgelehnt
<input type="checkbox"/>	Abgelehnt bei Stimmgleichheit
<input type="checkbox"/>	Ohne Beschlussfassung
<input checked="" type="checkbox"/>	Zur Kenntnis genommen
<input type="checkbox"/>	einstimmig

Dafür: _____

Dagegen: _____

Enthaltungen: _____

**5. Auswirkungen der Gesetze zur Modernisierung der Dienstleistungen am Arbeitsmarkt (sog. Hartz III u. IV- Gesetze)
hier: Zwischenbericht**

Vorlage: 0025/2004

Herr Steuber hält diesen Zwischenbericht. Dabei informiert er über die wesentlichen Inhalte der neuen Gesetze und die bisher absehbaren Auswirkungen auf die Kommunen.

Im Anschluss an Herrn Steubers Bericht nimmt Herr Dr. Schmidt eine Bewertung der Gesetze vor.

Daraufhin wird u.a. darüber diskutiert, was für Gestaltungsmöglichkeiten für eine Gemeinde verbleiben, wenn das Optionsmodell nicht gezogen würde. Es wäre zu befürchten, dass dann Programme wie „Arbeit statt Sozialhilfe“ überhaupt nicht mehr aufgelegt würden. An dieser Diskussion beteiligten sich Frau Oestereich, Herr Dr. Schmidt, Herr Röspel und Herr Steuber.

Frau Oestereich weist darauf hin, dass die Kommunalpolitiker darauf angewiesen seien, von der Fachverwaltung mit entsprechenden Informationen versorgt zu werden, damit sie in die Lage versetzt würden, über das Optionsmodell zu entscheiden.

Herr Halbeisen stellt eine inhaltliche Frage zur Zuständigkeit, die von Herrn Steuber beantwortet wird.

Beschluss:

Das Gremium Sozialausschuss empfiehlt, folgenden Beschluss zu fassen:
Der Sozialausschuss nimmt den Zwischenbericht der Verwaltung zu den Auswirkungen der Gesetze zur Modernisierung der Dienstleistungen am Arbeitsmarkt zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

<input type="checkbox"/>	Einstimmig beschlossen
<input type="checkbox"/>	Mit Mehrheit beschlossen
<input type="checkbox"/>	Einstimmig abgelehnt
<input type="checkbox"/>	Mit Mehrheit abgelehnt
<input type="checkbox"/>	Abgelehnt bei Stimmengleichheit
<input type="checkbox"/>	Ohne Beschlussfassung
<input checked="" type="checkbox"/>	Zur Kenntnis genommen
<input type="checkbox"/>	einstimmig

Dafür: _____

Dagegen: _____

Enthaltungen: _____

6. Bericht 'Ältere Migranten in Hagen'

Vorlage: 0032/2004

Zu diesem TOP werden keine Fragen gestellt, so dass Frau Oestereich direkt den Beschlussvorschlag zur Abstimmung stellt.

Beschluss:

Das Gremium Sozialausschuss empfiehlt, folgenden Beschluss zu fassen:
Der Bericht der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

<input type="checkbox"/>	Einstimmig beschlossen
<input type="checkbox"/>	Mit Mehrheit beschlossen
<input type="checkbox"/>	Einstimmig abgelehnt
<input type="checkbox"/>	Mit Mehrheit abgelehnt
<input type="checkbox"/>	Abgelehnt bei Stimmengleichheit
<input type="checkbox"/>	Ohne Beschlussfassung
<input checked="" type="checkbox"/>	Zur Kenntnis genommen
<input type="checkbox"/>	einstimmig

Dafür: _____

Dagegen: _____

Enthaltungen: _____

7. Wohnungsmarktbeobachtung - Bericht 2003

Vorlage: 0051/2004

Herr Diekmann vom Wohnungsamt ergänzt den schriftlichen durch einen mündlichen Bericht. U.a. erklärt er, dass keine wesentlichen Änderungen auf dem Wohnungsmarkt im Vergleich zum vorherigen Jahr zu verzeichnen seien. Insgesamt sei die Wohnungsmarktsituation in Hagen entspannt.

Herr Meier ist der Meinung, dass sich die Wohnungssituation zukünftig in Hagen verschlechtern werde. In dem vorliegenden Bericht fehle ihm ein Zukunftskonzept für den Mietwohnungsmarkt. Herr Meier prognostiziert ebenfalls eine Stadtbildveränderung und bemängelt den fehlenden Ausblick im Bericht. Herr Diekmann führt dazu aus, dass das Wohnungsamt seine Aussagen zu 80% auf „harte“ Fakten stützen würde und nur eine mittelbare Steuerung des Wohnungsmarktes möglich sei.

Nach den Ausführungen von Herrn Diekmann wird der Bericht diskutiert. Es werden verschiedene Punkte angesprochen, u.a. den allgemeinen Wohnungsmarkt betreffende Probleme. Insbesondere wird thematisiert, dass Wohnungsgesellschaften keine Russlanddeutschen mehr aufnehmen wollen. Man sei sich einig, dass gegebenenfalls Gespräche mit den Wohnungsgesellschaften geführt und eventuell eine soziale Betreuung in den Wohnbereichen durchgeführt werden müssen. An dieser Diskussion nehmen Frau Oestereich, Herr Diekmann, Herr Halbeisen, Herr Meier und Herr Röspel teil.

Beschluss:

Das Gremium Sozialausschuss empfiehlt, folgenden Beschluss zu fassen:
Die Berichte zur Wohnungsmarktbeobachtung Hagen 2003 und zum Stimmungsbarometer 2003 werden zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

- | | |
|-------------------------------------|-------------------------------|
| <input type="checkbox"/> | Einstimmig beschlossen |
| <input type="checkbox"/> | Mit Mehrheit beschlossen |
| <input type="checkbox"/> | Einstimmig abgelehnt |
| <input type="checkbox"/> | Mit Mehrheit abgelehnt |
| <input type="checkbox"/> | Abgelehnt bei Stimmgleichheit |
| <input type="checkbox"/> | Ohne Beschlussfassung |
| <input checked="" type="checkbox"/> | Zur Kenntnis genommen |
| <input type="checkbox"/> | einstimmig |
-

Dafür: _____

Dagegen: _____

Enthaltungen: _____

8. Anfragen gemäß § 6 Abs. 8 der Geschäftsordnung

Frau Kurte hat eine Anfrage bzgl. des Übergangsheimes in der Feithstraße. Sie fragt Herrn Dr. Schmidt nach dem Sachstand. Herr Dr. Schmidt erläutert den Sachstand, wonach über die weitere Verwendung des Grundstückes noch diskutiert werde.

Frau Oestereich möchte wissen, ob die Richtlinien für die Altenbegegnungsstätten bereits unterschrieben seien. Nach Wortbeiträgen von Herrn Dr. Schmidt, Herrn Steuber, Herrn Haensel und Herrn Röspel klärt sich, dass diese Richtlinien für Altenbegegnungsstätten mit in die Budgetverträge eingebaut werden sollen und es hierzu noch redaktioneller Änderungen bedürfe. Die Verträge würden umgehend von beiden Seiten unterschrieben, sobald unterschriftsreife Exemplare vorliegen würden. Frau Oestereich fordert zu umgehender Umsetzung auf, damit vor den Verhandlungen über neue Einsparungen in diesem Bereich rechtsverbindliche Verträge bestehen.

Die Vorsitzende Frau Oestereich verabschiedet Herrn Reichert, der zum 01.04.04 in Pension geht und dankt ihm im Namen des Sozialausschusses für die jahrelange gute Zusammenarbeit.

Ende der Sitzung: 18:30 Uhr

gez. Oestereich

Vorsitzende

gez. Meisborn

Schriftführer